# Rechenschaftsbericht der Bundestagsabgeordneten

# Grietje Bettin
# Rainder Steenblock

**Oktober 2005 - April 2006**

**Liebe Freundinnen und Freunde,**

durch den Wechsel von der Regierungs in die Opposition ist unsere Aufmerksamkeit nun darauf gerichtet, dass gesellschaftlich wichtige Projekte nicht den Bach runtergehen und anstehende neue Projekte nicht kurzsichtig, sondern zukunftsfähig gestaltet werden.

In diesem gemeinsamen Rechenschaftsbericht Eurer beiden Bundestagsabgeordneten lest Ihr, welche Themen wir in der Fraktion bearbeitet haben. Zusätzlich berichtet Grietje aus ihrem Fachbereich Medien, Rainder aus seinem Bereich Europolitik und beide natürlich auch von ihrer Wahlkreisarbeit.

Falls Ihr Fragen habt oder vertiefende Informationen wünscht, könnt Ihr Euch gern an unsere Büros wenden. Und natürlich sehen wir uns auf dem Parteitag in Plön!

Viel Spaß beim Lesen wünschen Euch


**Berliner Büro Grietje Bettin**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Fon: 030 | 227 - 75052
Fax: 030 | 227 - 76051

**Wahlkreisbüro**

Im Brauereiviertel 5
24118 Kiel
Fon: 0431 | 5578262
Fax: 0431 | 5578224

www.g-bettin.de

**Berliner Büro Rainder Steenblock**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Fon: 030 | 227 - 72056
Fax: 030 | 227 - 76056

**Wahlkreisbüro**

Damm 48
25421 Pinneberg
Fon: 04101 | 553987
Fax: 04101 | 553986

www.rainder-steenblock.de

# Wichtige Themen in der Grünen Bundestagsfraktion

**zusammengefasst von Grietje und Rainder**

**Grüne Ideenwerkstatt - unter diesem Motto hat die grüne Bundestagsfraktion die 16. Wahlperiode eingeläutet. Vier Jahre haben wir Zeit, vielleicht auch weniger, um zu beweisen, dass grüner Grips an der Regierung besser war und besser sein wird für dieses Land als schwarzrote Bewegungslosigkeit. Innovativ sind wir auch gestartet:**

### Energiepolitik - Abhängigkeit von Energieimporten mindern

Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine sowie das derzeitige Auftreten des russischen Staatskonzerns Gazprom hat Deutschland und Europa die starke Abhängigkeit von Energieimporten gezeigt. Die Endlichkeit der fossilen Energien und des Urans provoziert politische Spannungen; die nächsten Jahrzehnte werden von großen Energiekonflikten geprägt sein. Unsere grüne Strategie setzt auf Energiesparen, Energieeffizienz und Umstieg auf erneuerbare Energiequellen. Die Lösung sind nicht längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, sondern teure fossile Energieträger durch besser gedämmte Häuser, durch effizientere Elektrogeräte und durch Erneuerbare Energien zu ersetzen.

### Verbraucherschutz: Eigener Gesetzentwurf für verbesserte Information

Wir haben dem Bundestag ein Verbraucherinformationsgesetz zur Entscheidung vorgelegt. Wir wollen den VerbraucherInnen umfassende Informationen über Produkte und Dienstleistungen gewähren. Behörden sollen von sich aus über wichtige Sachverhalte informieren und Missstände dokumentieren.

### Familien- und Frauenpolitik: Gleichstellung und Vereinbarkeit von Kind und Karriere endlich sicherstellen!

Ausbau der Kinderbetreuung, Verbesserung für Frauen in Teilzeitjobs, besserer Schutz vor Gewalt, frauengerechte Regeln für Prostitution - einiges ist unter rotgrün frauen- und familienpolitisch gelungen. Die Gleichstellung im Arbeitsleben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber sind dank Veto der SPD auf der Strecke geblieben.

Das wollen wir mit zwei Anträgen ändern. Wir wollen Gleichstellung als Vergabekriterium für öffentliche Aufträge und ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz. Das Ehegattensplitting soll durch eine Individualsteuer mit übertragbarem Höchstbetrag von 10.000 Euro ersetzt werden, um die Berufstätigkeit von Ehefrauen und nicht ihr Zuhausebleiben zu fördern. Wir brauchen den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für Kinder nach dem ersten Lebensjahr. Eltern sollen Geldleistungen vom Bund zur Finanzierung von mehr Kinderbetreuung erhalten, ohne die Kommunen höher zu belasten.

### Grüne Forderungen für Mindeststandards für Arbeit

Der polnische Klempner und der estnische Fleischer: angebliches Sinnbild für Lohndumping und Sozialabbau. Verschärft wird diese Angst um die eigene soziale und wirtschaftliche Situation noch durch die Debatte um die „Bolkesteinrichtlinie" zur Liberalisierung der Dienstleistungen im Binnenmarkt. Mystik und reale Probleme liegen hier nah beieinander. Die Abschottungspolitik von Schwarz-Rot ist auf jeden Fall die falsche Lösung, denn sie befördert mehr illegale Praktiken als sie verhindert. Deshalb fordern wir einen wirksamen Mindestlohn sowie umfassende Regelungen für Mindestarbeitsbedingungen, die für inländische wie ausländische ArbeitnehmerInnen gleichermaßen gelten.

### Lebenspartnerschaften: Gleiche Pflichten - gleiche Rechte!

Wir haben einen neuen Vorstoß zur vollen Gleichberechtigung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe gestartet. Mit einem Antrag fordern wir ein Gesetz zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsrechts. Kernpunkte sind dabei u.a. die faktische Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Familien mit Kindern und die Gleichstellung im Adoptions- und Steuerrecht.

### Für starke und handlungsfähige Kommunen

Steigende Sozialkosten, soziale Integration und Anpassung der Infrastruktur an eine älter werdende und oftmals schrumpfende Bevölkerung können nur starke und handlungsfähige Kommunen meistern. Doch trotz mehr Gewerbesteuereinnahmen bleibt die Finanzsituation der Kommunen auch in Schleswig-Holstein sehr kritisch. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung: die Verbesserung der kommunalen Finanzsituation, die Reform der Grundsteuer, eine solide Basis für die Entlastung der Kommunen im Rahmen der Harz IV-Gesetzgebung und ein verfassungsrechtlich verankertes Mitspracherecht in kommunalen Belangen im Rahmen der Föderalismusreform.

### Regionalisierungsmittel

Bis 2010 sollen 3,3 Mrd. Euro an Bundeszuschüssen für den regionalen Nahverkehr auf der Schiene eingespart werden. Damit droht jedem sechsten Nahverkehrszug das Aus. Fahrpreiserhöhungen drohen ebenfalls. Schleswig-Holstein wäre besonders betroffen. Wir haben einen Antrag eingebracht, der folgendes vorsieht: Transparenz bei der Mittelverwendung, die teilweise Mittelaufteilung nach Zahl der Fahrgäste, die Möglichkeit regionale Betreibermodelle der Schieneninfrastruktur und keine Finanzierung originärer Landesaufgaben wie Schülerverkehr.

### Nukleare Abrüstung und Nichtweiterverbreitung stärken

Besorgniserregend sind die Entwicklungen im Iran. Dieser sich zuspitzende Konflikt kann dauerhaft nur mit zivilen Mitteln und mit Hilfe der iranischen Zivilgesellschaft gelöst werden. Deshalb fordern wir, die demokratische Opposition des Iran politisch und finanziell zu fördern. Denn wir wollen, dass eine handlungsfähige demokratische Alternative zum iranischen Regime entsteht. Der Nichtweiterverbreitungsvertrag darf nicht weiter geschwächt werden. Deshalb fordern wir die Bundesregierung dazu auf, das US-indische Regierungsabkommen über die Wiederaufnahme der nuklearen Zusammenarbeit abzulehnen.

# Bericht aus Berlin

**Von Grietje**

Liebe Freundinnen und Freunde,

hier ein paar kurze Stichpunkte zu meinen wichtigsten Aktivitäten in Berlin und im Wahlkreis:

### Fachpolitisches aus der „schönen neuen Medienwelt“

„Killerspiele", gewalthaltige Computerspiele will Schwarz-Rot wo möglich verbieten - so steht's im Koalitionsvertrag. Man will damit die Gewalt von Jugendlichen eindämmen. Wir Grünen halten von solchen populistischen Aktionen nichts: Verbote lösen das Problem nicht und sind kaum durchsetzbar. Für uns steht die bessere Vermittlung von Medienkompetenz und die Qualitätsförderung von Computerspielen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Dies hat unsere Fraktion in einem von mir eingebrachten Positionspapier deutlich gemacht. Das Papier bekommt ihr hier:

*www.grietje.de/cms/files/dokbin/102/102716.computerspiele_qualitaet_und_kompetenz_s.pdf*

### RFID oder: Wie intelligente Chips uns die Arbeit abnehmen - und auch unsere Freiheit

Die Allgegenwart von Computern in unserem Alltag macht unser Leben bequemer - und gefährdet unsere Privatsphäre und unsere Selbstbestimmung. „RFID"-Chips sind besonders gefährlich: Sie können auf allen Waren des täglichen Lebens auch unbemerkt eingesetzt werden, z.B. in Kleidungsstücken. Die Daten, die auf ihnen gespeichert sind, können überall mit Lesegeräten ausgelesen werden. Bekannteste Anwendungen: Auf den WM-Tickets und im neuen biometrischen Pass.

Gemeinsam mit den Innen- und VerbraucherpolitikerInnen veranstalten wir am 29. Mai ein Fachgespräch zum Thema RFID-Chips. Zu den datenschutzrechtlichen Aspekten liegt heute schon ein Antrag dem Landesparteitag vor.

### Vielfalt in der Medienlandschaft, oder: Aus wie vielen Quellen bekommen wir unsere Nachrichten?

Springer morgens in der Zeitung, mittags im Radio und abends auf Sat1: Diesem Horrorszenario sind wir gerade noch entgangen, dank einer funktionierenden „Pressefusionskontrolle". Trotzdem: Diese steht von vielen Seiten unter schwerem Beschuss. Angebliche Marktzwänge werden gegen die Meinungsvielfalt in Stellung gebracht. Noch mehr Gefahr droht von ganz anderer Seite: Große Netzbetreiber wie die Telekom steigen ins Programmgeschäft ein. Derzeit ist es zwar „nur" der Fußball - morgen können es schon die Nachrichten und die Daily Soap am Abend sein, die wir mit dem Telefonanschluss gleich mitgeliefert bekommen.

Wie wir die Meinungs- und Informationsvielfalt erhalten wollen, zu dieser Frage habe ich zusammen mit Matthias Berninger im Februar ein Fachgespräch veranstaltet. Ergebnis: Wir brauchen starke Instrumente und Institutionen, um Meinungs- und Informationskartelle zu verhindern. Mehr dazu:

www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/118/118890.medienkonzentrationveranstaltungsdokumen.pdf

### GEZ-Gebühren für PCs

Ab 2007 soll auch für PCs die GEZ-Gebühr fällig werden. Die PC-Gebühr wird bei Privatpersonen, Betrieben, Schulen, Kindergärten und Vereinen einmal erhoben, aber nicht für jeden einzelnen PC. Und das auch nur, wenn nicht bereits ein Fernseher angemeldet ist. Prinzipiell ist es in Ordnung, wenn alle empfangsfähigen Geräte in die Bezahlung einbezogen werden, sonst wird's ungerecht. Trotzdem ist die PC-Gebühr derzeit Unsinn. Internetfähigkeit, nicht die Empfangsfähigkeit soll das Kriterium sein. Rundfunkempfangsfähig jedoch sind Computer nur mit schnellem Zugang zum Internet (wie etwa DSL). Außerdem ist das per Internet bisher verfügbare Programm ziemlich dürftig - was die PC-Gebühr derzeit richtig ungerecht macht. Auf die Gebühr sollte deshalb verzichtet werden, bis man auf dem PC ein dem Fernsehen vergleichbares Angebot bekommt.

Wir erarbeiten gerade ein Alternativmodell. Eine Medienabgabe pro Haushalt macht sowohl die GEZ-Bürokratie als auch jede Diskussion über TV-fähige Handys künftig überflüssig. Aus meiner Sicht muss so eine Medienabgabe Teil des nächsten Rundfunkstaatsvertrages sein. Allerdings ist auch klar, dass Rundfunkpolitik in die Kompetenz der Länder fällt und wir als Bund keine direkte Gestaltungsmöglichkeit haben.

### Urheberrecht: VerbraucherInnen, AutorInnen, Bildung und Forschung ausgebootet

Die Privatkopie faktisch abgeschafft, die Schulhöfe kriminalisiert, Autorenrechte beschnitten, Forschung und Lehre ausgebootet - ein Scherbenhaufen der Informationsgesellschaft wäre es, wenn das neue Urheberrecht so in Kraft träte, wie von der Bundesregierung geplant. Mal eben Musik tauschen mit dem Kumpel ist danach ebenso kriminell, wie auch nur kleine Teile aus digitalen Werken für den Unterricht zu verwenden. AutorInnen verlieren jeden Zugriff auf ihr eigenes Werk, wenn sie die Rechte dafür einmal weitergegeben haben. Wer forscht, muss für Literatur künftig teure Internetportale nutzen, statt sich Aufsätze in Bibliotheken zu kopieren.

Dagegen kämpfen wir. Zusammen mit Jerzy Montag habe ich eine kleine Anfrage zum Urheberrecht formuliert, in der wir der Bundesregierung auf den Zahn fühlen: Grundfrage dahinter: Warum werden UrheberInnen, KonsumentInnen und Forschende gegenüber den großen Lobbyverbänden der Geräteindustrie und den Rechteverwertern so benachteiligt?

www.grietje.de/cms/files/dokbin/122/122263.kleine_anfrage_zum_urheberrecht.pdf

# Bericht aus Schleswig-Holstein

**Von Grietje**

## Gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

Meine Anfang 2005 begonnenen ↗ **Ausbildungsgespräche** führe ich auch im Jahr 2006 weiter. Dabei merke ich, dass den Unternehmen die Bedeutung ihrer Ausbildungsleistung durch den öffentlichen Druck sehr bewusst geworden ist. Doch die aktuellen Zahlen von SchulabgängerInnen und fehlenden Ausbildungsstellen zeigen, dass insgesamt immer noch zu wenig ausgebildet wird. Eine enge Zusammenarbeit von Unternehmen und Schulen halte ich daher für absolut notwendig. Das kann in Form von Praktika, regelmäßigen Besuchen von Unternehmensvertretern in der Schule und natürlich auch Betriebsbesichtigungen sein. Deshalb lade ich zu den Ausbildungsgesprächen nun auch LehrerInnen bzw. BerufsschullehrerInnen mit ein. Damit diskutieren folgende Gruppen an einem Tisch: JugendausbildungsvertreterInnen, UnternehmerInnen, PolitikerInnen, IHK und SchulvertreterInnen.

Die drohenden Mittelkürzungen der Landesregierung für das ↗ **Freiwillige Ökologische Jahr** sind für mich nicht nachvollziehbar. Meine Besuche bei den Trägern der Einrichtungen haben mir immer wieder die immense Bedeutung gezeigt, die dieses gesellschaftliche Engagement für die Jugendlichen in der beruflichen und auch persönlichen Entwicklung hat. Das hat sogar die Große Koalition in Berlin erkannt und die Bundesmittel aufgestockt. Umso befremdlicher ist es, dass die Landesregierung ab 2007 die Landesmittel zusammenstreichen will. Hier setze ich mich dafür ein, dass Schleswig-Holstein die Aufstockung der Bundesmittel nutzt und diese nicht in andere Bundesländer abfließen.

## Nationale Minderheiten

Als Mitglied im Ausschuss für Minderheitenfragen habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Stelle des ↗ **Minderheitensekretärs** beim Bundesinnenministerium dauerhaft erhalten bleibt. Mit dem nunmehr bestätigten Erhalt dieser Schlüsselposition gewinnen beide Seiten.

Im Zuge der Diskussion um die ↗ **Verankerung des Staatsziels „Kultur"** im Grundgesetz haben die autochthonen nationalen Minderheiten eine Ergänzung des Paragrafen um ihre eigene Kultur gefordert. Ich habe in den Gesprächen und Podiumsdiskussionen dazu deutlich gemacht: Die autochthonen Minderheiten brauchen einen eigenen Artikel im Grundgesetz, einen eigenen Haushaltstitel im Bundeshaushalt und die konsequente Umsetzung ihrer Rechte gemäß der Landesverfassung. Das ist besser als die schwammige Ergänzung eines nicht einklagbaren Staatsziels.

Bei der ↗ **Neuvergabe und der Digitalisierung der Rundfunkfrequenzen** ab Juni 2006 unterstütze ich den SSW in seinem Anliegen, dass dänische Fernsehkanäle (mindestens) auch in Südschleswig digital zu empfangen sind.

## Medienlandschaft Schleswig-Holstein

Die ↗ **Zusammenlegung der Landesmedienanstalten** von Schleswig-Holstein (ULR) und Hamburg (HAM) bewegt die Medienpolitik im Lande. Für mich sind dabei zwei Aspekte von besonderer Bedeutung. Erstens: Diese Fusion darf für eine grundlegende Neuordnung der Medienaufsicht in Deutschland kein Hindernis sein. Zweitens: Die inhaltlichen Schwerpunkte der beiden Anstalten waren bislang sehr unterschiedlich. Schleswig-Holstein hat mit der kulturellen Filmförderung und den Offenen Kanälen zwei wichtige und schützenswerte Bereiche, für deren Erhalt wir Grüne immer gestritten haben.

Auch die Finanzierbarkeit von kulturellen Ereignissen war ein Thema: Ein Sponsor der ↗ **Nordischen Filmtage Lübeck** (NFL), die seit 1956 jährlich im November in Lübeck stattfinden, hat seine Unterstützung reduziert. Das Festival zu sichern und seinen Bekanntheitsgrad zu steigern, halte ich für eine wichtige medien- und kulturpolitische Aufgabe Schleswig-Holsteins.

## Mit den Menschen reden

Eine wichtige Aufgabe bleibt für mich weiterhin, Menschen für Politik zu interessieren und sie zur aktiven Mitgestaltung anzuregen. So war ich in den letzten Monaten in mehreren ↗ **Schulklassen** zu Gast und habe über die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements diskutiert und Möglichkeiten aufgezeigt, sich gesellschaftlich einzubringen und selbst etwas zu ändern.

Wie jedes Jahr fand auch 2006 der ↗ **Girl's Day** statt, bei dem Mädchen in verschiedene Berufe reinschnuppern können. Mich haben zwei Mädchen einen Tag lang begleitet, als ich im nördlichen Landesteil zum Thema Zukunft des FÖJ unterwegs war.

Länger angelegt ist das ↗ **Mentoring-Projekt des Landesfrauenrates**, das für 13 Frauen jeweils eine Mentorin ausgewählt hat. Nun begleitet mich meine Mentee für ein Jahr bei verschiedenen Terminen und lernt so den Politik-Alltag kennen. Zum Abschluss des Projektes habe ich 13 Frauen aus dem Projekt eingeladen, an einer dreitägigen politischen Bildungsreise nach Berlin teilzunehmen.

# Bericht aus Berlin

**Von Rainder**

**Liebe Freundinnen und Freunde,**

europapolitisch liegt ein sehr schwieriges Jahr hinter uns: das doppelte Nein zum Verfassungsvertrag und die zähen Verhandlungen um den nächsten EU-Haushalt haben die Epoche des rasanten Wandels in Europa zwischen dem Fall der Mauer und der EU-Osterweiterung jäh gebremst. Nun befinden wir uns in einer Phase des nachdenklicheren Fortschreitens. In dieser Phase hat nicht nur die Dienstleistungsrichtlinie für viel Wirbel gesorgt. Zentral war die Frage nach der künftigen Ausrichtung der EU: gemeinsamer Wirtschaftsraum oder solidarische und politische Union? Die Frage "Europa - wie weiter?" haben wir uns auch auf der Fraktionsklausur in Wörlitz gestellt. Für die Klausur habe ich gemeinsam mit Jürgen Trittin ein Diskussionspapier erarbeitet. Weitere mögliche Antworten auf die Richtungsfrage findet Ihr in meinem Thesenpapier „Grüne Impulse gegen die Verzagtheit - Perspektiven unserer Europapolitik".

*Beide Papiere findet Ihr unter: www.rainder-steenblock.de*

Im Folgenden ein paar kurze Stichpunkte zu einigen meiner Schwerpunktthemen:

### Innovation, Bildung und Forschung sind die Zukunft der EU

Diese politischen Prioritäten habe ich immer wieder während der zähen Verhandlungen über den künftigen EU-Haushalt gefordert. Mit der Einigung im April wurde rechtzeitig eine schwere Finanzkrise vermieden und auch mehr Geld für Bildung und Außen- und Sicherheitspolitik erreicht. Für einen wirklichen zukunftsfähigen EU-Haushalt müssen wir aber die 2008/2009 anstehende Revision nutzen. Hierzu habe ich eine Gesprächsrunde einberufen, die bis dahin konkrete Vorschläge erarbeiten wird. Mit der Einigung können nun die Planungen für die EU-Programme losgehen. Gerade bei den Strukturfondsprogrammen besteht jedoch die Gefahr, dass die Nachhaltigkeit vernachlässigt wird. Deshalb habe ich in einem Antrag gefordert, dass die Strukturfonds für die nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden:

*http://steenblock.greencubes.de/html/europa/strukturpolitik/pe-strukturfonds-28-03-06.html*

### Verlauf der Wahlen zeigt: die Ukraine ist demokratisch

Als Mitglied der Wahlbeobachterdelegation des Europarates kann ich bestätigen: Die Wahlen in der Ukraine waren frei und fair, ihr Ergebnis ist uneingeschränkt zu respektieren. Die Wahlen sind der Beweis für den Erfolg der breiten Demokratiebewegung des Jahres 2004 unter Führung des jetzigen Wahlverlierers, Präsident Juschtschenko. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Ukraine ihren Weg in die EU im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik fortsetzen wird.

*http://steenblock.greencubes.de/html/europa/osterweiterung/rede-europarat-06-10-05.html*

### „Nachhaltig für Europa"

Unter diesem Motto habe ich in einer Expertenrunde Schlüsselthemen, Maßnahmen und Strategien für die Revision der EU-Nachhaltigkeitsstrategie diskutiert. Ambitionierte grüne Forderungen und Ziele sind das Ergebnis dieses Fachgespräches und werden rechtzeitig vor dem nächsten EU-Gipfel mit einem Antrag in den Bundestag eingebracht. Denn die Revision der EU-Nachhaltigkeitsstrategie ist nicht nur überfällig, sie muss auch überzeugende Mittel nennen, um die Hauptziele einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen: Umweltschutz, wirtschaftlicher Wohlstand und internationale Verantwortung.

*http://steenblock.greencubes.de/html/europa/sonstiges/fg-nachhalt-13-03-06.html*

### Neue EU-Grundrechtsagentur ist überflüssig

Warum bewährte Arbeitsteilungen beenden und doppelte Strukturen einrichten? Die Idee, die bisherige „Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" zu einer EU-Grundrechtsagentur auszubauen, würde genau diese Arbeitsteilung zwischen EU und Europarat konterkarieren und Steuergelder für doppelte Strukturen verschwenden. Deshalb habe ich bei der Bundesregierung nachgefragt und in mehreren Reden vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg ein Umdenken gefordert.

*http://steenblock.greencubes.de/html/europa/sonstiges/rede-europaparl-13-04-06.html*

### EU-Verfassungsvertrag: Parlamentarier dürfen sich nicht auseinander dividieren lassen

Der EU-Verfassungsvertrag hat nicht nur auf internationaler Bühne, sondern auch im Deutschen Bundestag für Verwirrung gesorgt: der deutsche Parlamentspräsident Lammert wendet sich mit seinem finnischen und österreichischen Kollegen gegen den sehr guten Duff-Voggenhuber-Bericht zur Überwindung der Verfassungskrise. Im Namen des Deutschen Bundestages ohne Rücksprache mit den Fraktionen oder des EU-Ausschusses wurde diese Ablehnung an das EP übermittelt. Diese klein karierte Vorgehensweise des CDU-Kollegen lehne ich vehement ab, was ich ihm auch umgehend mitgeteilt habe.

*http://steenblock.greencubes.de/html/europa/verfassung/pe-verfassungskrise-31-01-06.html*

### Ostseepipeline: unnötig, teuer, brisant

Die Frage der Versorgungssicherheit ist ein Grund, aus dem ich große Bedenken gegen die geplante Ostseegaspipeline habe. Diese rund 1.200 km lange Unterwasserleitung auf dem Grund der Ostsee schürt zudem Misstrauen bei unseren osteuropäischen Nachbarstaaten, da sie damit der „Gashahn-Politik" Russlands noch stärker ausgeliefert sind. Sie ist energiepolitisch fraglich, denn aus welchen zusätzlichen Erdgasquellen soll das Erdgas für die Ostseepipeline bei rückläufiger Förderung denn kommen? Und auf dem Meeresgrund der Ostsee lagern mehrere hunderttausend Tonnen chemischer Kampfstoffe und Bomben. In einer Kleinen Anfrage habe ich diese Problematik geschildert und eine Stellungnahme gefordert. Keine Stellungnahme haben wir von den Betreiberfirmen: Gazprom, Eon und BASF bei unserem Fachgespräch zur Gasversorgung in Europa erhalten. Den Bericht findet Ihr hier:

*http://www.gruene-bundestag.de/cms/vor_ort/dok/116/116892.htm*

Für die Tschernobyl-Konferenz habe ich diesen Beitrag gegen die Pipeline geschrieben:

*http://www.gruene-bundestag.de/cms/energie_klima/dok/121/121891.htm*

### Neuordnung des Lotsversetzdienstes auf der Ems verschoben

Mit den Lotsen von Ems, Weser und Elbe habe ich mich zu zwei Gesprächsrunden zum Thema: Neuordnung des Lotsversetzdienstes auf der Ems getroffen. Auf meine Anfrage teilte mir das Bundesverkehrsministerium mit, dass die Neuordnung des Lotsversetzdienstes auf der Ems verschoben wird. Erst Mitte 2006 wird eine Ausschreibung für das neue Versetzschiff erfolgen.

*http://steenblock.greencubes.de/html/verkehr/flusspolitik/pe-lotsen-19-01-06.html*

### Notschleppkonzept an gestiegene Herausforderungen anpassen

Die deutschen Küsten liegen an den am stärksten frequentierten Seeverkehrswegen der Welt. Deshalb fordern wir in einem Antrag ein aktuelles, an die Entwicklung des Seeverkehrs angepasstes Notschleppkonzept. Dies ist ein zentrales Element der maritimen Notfallvorsorge für die deutsche Nord- und Ostseeküste.

*http://steenblock.greencubes.de/html/verkehr/seesicherheit/anschlepper-17-02-06.html*

### Lärmbelästigungen durch Speedboote in der Lübecker Bucht

Larmbelästigung in der Lübecker Bucht. Aber keine Bereitschaft zu handeln. Ich habe nachgefragt:

*www.rainder-steenblock.de*

### Wettbewerbsverzerrung im Ostseelängsverkehr

Die sinnvolle Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf das Schiff wird im Ostseeraum seit dem 1. Mai 2004 durch eine offensichtliche Wettbewerbsverzerrung behindert. Denn der reine Landverkehr per Lkw ist besser gestellt als die konkurrienden Kurzstreckenseeverkehre. In einer Kleinen Anfrage habe ich die Bundesregierung gefragt, wie sie diesen Missstand aufheben wird.

*http://steenblock.greencubes.de/html/verkehr/sonstiges/antwort-ostsee-04-04-06.html*

# Bericht aus Schleswig-Holstein

**Von Rainder**

### Europa in Schleswig-Holstein

Europa - das muss keine trockene Materie sein. Auf eine ganz lebendige und unterhaltsame Art erlebte ich das Thema Europa bei einem Besuch der Timm-Kröger-Grundschule in Elmshorn, einer der wenigen Grundschulen in Schleswig-Holstein, die sich am europaweiten Schulpartnerschaftsprojekt Comenius beteiligen. Die Kinder der Klasse stehen in regem Austausch mit GrundschülerInnen aus Finnland, Polen, England und Italien. Im Gespräch mit kleinen ExpertInnen, die ganz viel über Europa wissen, verbrachte ich einen tollen Vormittag. Hier konnte ich erleben, dass Europa tatsächlich auch von unten wächst und habe mitbekommen, wie die Vielfalt der Länder Neugierde weckt und als spannend empfunden wird.

Glückwünsche überbrachte ich am 9. Februar nach Wedel: seit diesem Tag darf sich die dortige Integrierte Gesamtschule „Europaschule" nennen - als erste im Kreis Pinneberg. Seit Jahren sind SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern aktiv im Aufbau internationaler Kontakte, jetzt wurde der Schule im Rahmen eines Festaktes die Ernennungsurkunde übergeben. Mit welchem Engagement junge Leute sich für die europäische Sache einsetzen, überrascht und begeistert mich bei Besuchen in Schulen immer wieder. Im Gegenzug lade ich SchülerInnen von Europaschulen im Juni nach Straßburg ein, damit sie meine Arbeit im Europarat kennen lernen und das ferne, institutionelle Europa für sie ein Gesicht bekommt.

### Fachgespräch Elbvertiefung

Umweltverbände warnen vor einer weiteren Ausbaggerung der Elbe - und die Behörden wähnen sich dennoch auf der sicheren Seite. Das ist das Ergebnis einer Informationsveranstaltung mit Elbanliegern und Vertretern des Wasser- und Schifffahrtsamtes zur nächsten Elbvertiefung, zu der ich Anfang Februar gemeinsam mit dem Kreisverband Steinburg in die Engelbrechtsche Wildnis eingeladen hatte. Auch Schleswig-Holstein ist von einer möglichen weiteren Elbvertiefung betroffen - Grund genug, mit ExpertInnen und mit interessierten BürgerInnen aus der Region altbekannte und neue Argumente zum Thema zu diskutieren. Schnellere Flut, wackelnde Deiche, bröckelnde Uferböschungen, im Schlick versinkende Sportboothäfen, irreparable Schäden an der Natur - die Bedenken aus den Reihen der ZuhörerInnen konnten auch in drei Stunden nicht zerstreut werden.

Vor dem Hintergrund der stark angestiegenen Menge an Hafenschlick, die seit letztem Sommer zum Teil in die Nordsee entsorgt wird, sollte Hamburg auf eine weitere Elbvertiefung verzichten und sich endlich konstruktiv an einer norddeutschen Hafenkooperation beteiligen. Vom Hamburger Senat und von der Landesregierung Schleswig-Holstein fordere ich eine transparente Untersuchung aller Auswirkungen der Hamburger Hafenschlick- und Elbvertiefungspolitik vor dem Beschluss über eine erneute Vertiefung der Fahrrinne.

*Besuch in einer Europaschule*

### Grüne als Verbündete gefragt

Die Pläne der großen Koalition zur Besteuerung von Biokraftstoffen schmieden ganz neue Bündnisse vor Ort: im Kampf gegen die Biosprit-Steuer unterstützte ich Bauernverband und betroffene Firmen. Wie sich die Steuerpläne der Berliner Koalition ganz unmittelbar auswirken - darüber informierte ich mich beim Itzehoer Unternehmen PTN (Pflanzenöl-Technik-Nord). Das Problem: Nach der angekündigten Streichung der Steuerbefreiung für Pflanzenöl ist das Geschäft eingebrochen. Geplante neue Stellen wurden gestrichen und Investitionen zurück gestellt. Und das, obwohl die Pflanzenöltechnik für LKW- und Bus-Motoren vor dem Durchbruch zur Großserie gestanden habe. An diesem Beispiel wird klar, dass die Bundesregierung hier den völlig falschen Weg einschlägt: wichtige Weichenstellungen für alternative Kraftstoffe werden rückgängig gemacht, Zukunftsinvestitionen und Arbeitsplätze werden gefährdet.

### Grüner Kurs auf Berlin

Kurz nach der Bundestagwahl, als noch über Ampel, Schwampel und andere Konstellationen nachgedacht wurde, lud ich eine Gruppe von Grünen-Mitgliedern aus ganz Schleswig-Holstein in die Bundeshauptstadt ein. Nach engagiertem Einsatz als WahlkämpferInnen vor Ort galt es nun, das Parkett der großen Politik zu erkunden. Wie Regierungspolitik funktioniert erfuhren die TeilnehmerInnen der Bildungsfahrt beim Besuch im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Im September und Oktober werden die nächsten Reisegruppen zu Gast in Berlin sein.